

# Kein Frieden mit der NATO

## Gegen den NATO-Gipfel in Straßburg/Kehl protestieren - Kriegseinsätze beenden

Der Krieg in Afghanistan wird zu einem immer größeren Desaster. Verantwortlich dafür ist die NATO, die im April 2009 in Straßburg und Kehl ihren 60. Geburtstag feiern möchte. Dort will sie ein neues Strategisches Konzept verabschieden. Schon in den Strategischen Konzepten von 1991 und 1999 wurden die zentralen Aufgaben festgelegt: Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels, die Kontrolle der westlichen Rohstoffversorgung sowie der Versorgungswege mit militärischen Mitteln. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe und einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland wächst die Bedeutung dieser Strategien. Wie jedes Militärbündnis setzt die NATO die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten auch mit Gewalt durch, sie schließt dabei nicht einmal den Ersteinsatz von Atomwaffen und Präventivkriegen aus. Die NATO bedeutet also nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit und Krieg.

Legitimiert werden diese Kriege jedoch mit humanitären und sicherheitspolitischen Begründungen. Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, so der viel zitierte Satz des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck. Mädchenschulen müssen als Alibibegründung herhalten. Verteidigt wird dort aber vielmehr die Fähigkeit der NATO, auch künftig als bewaffneter Arm des Westens handeln zu können. Die Allianz geht immer aggressiver und rücksichtsloser in Afghanistan vor und schafft – durch die Rache betroffener Angehöriger genau DIE Terroristen, die sie vorgibt zu bekämpfen. Selbst die deutschen Geheimdienste räumen offen ein, dass der Krieg am Hindukusch die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland vergrößert hat. Der Wechsel zu Obama hat gezeigt: der Druck auf Deutschland wird erhöht, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken.

Der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die nun erfolgte staatliche Anerkennung des Kosovo hat die Büchse der Pandora geöffnet. Russland, das sich von der sich immer näher an seine Grenzen vorschiebenden Allianz zunehmend bedroht fühlt, folgte mit seiner Politik in Georgien der fatalen NATO-Logik. Die NATO-Ost-Erweiterung trägt nicht zu Frieden und Stabilität bei, sondern führt zu globalen Spannungen und zur Destabilisierung in Europa und der Welt. Diese Konfrontationslogik droht erneut in einen Kalten Krieg zwischen Russland (sowie China) und dem Westen zu führen. Die vermeintliche Alternative einer Militarisierung der Europäischen Union ist ebenfalls ein mindestens genauso gefährlicher Irrweg.

Deutschland ist vor allem mit Ramstein darüber hinaus nach wie vor die logistische Drehscheibe des US-Einsatzes im Irak.

Im Namen der Sicherheit geben die NATO-Staaten jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um so die aktuelle neoliberale Weltordnung zu stützen.

Gleichzeitig dienen die vielen aus der weltweiten Armut resultierenden Konflikten zur Begründung dieses Handelns.

Im Namen der Sicherheit werden immer mehr Bundeswehrsoldaten zum Opfer, viele kehren traumatisiert zurück.

Wir können und dürfen nicht länger die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik verschließen. Sie steht symbolhaft für die Enttabuisierung der Gewalt in unserer Gesellschaft, für Krieg, Interventionen, Verschleuderung von Ressourcen und Sozialabbau, für eine aggressive Ideologie der Feindbilder, eine menschenverachtende Abschottungspolitik gegenüber MigrantInnen und Deserteuren und eine massive Einschränkung von Freiheitsrechten wie des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung. Es gibt für Deutschland keine moralische, aber auch keine rechtliche Rechtfertigung, sich weiterhin an dieser fatalen Politik zu beteiligen.

Die Mehrheit der Menschen lehnt den Afghanistan-Einsatz ab - nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, die daran beteiligt sind. Ein Ausstieg aus der NATO, ein Abzug der Truppen aus Afghanistan und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlicheren Welt.

Daher rufen wir zu spektrenübergreifenden, bunten, vielfältigen und friedlichen Protesten zum NATO-Gipfel in Kehl und Straßburg auf.

Gleichwohl wollen wir mit der Unterstützung der Demonstrationen und Protestaktionen des zivilen Ungehorsams ein Zeichen gegen diese verfehlete Politik setzen.

**AnsprechpartnerInnen für Rückfragen:**

<b>Ruth Birkle:</b>	<b>0151</b>	<b>15744762</b>
<b>Jörg Rupp:</b>	<b>0179</b>	<b>3917058</b>

Bitte nehmt in großer Anzahl teil:

**Ostermarsch für den Frieden:  
Nein zur NATO! Nein zum KRIEG!  
Samstag, 4. April 2009, 11:00 Uhr  
Kehl -- Strasbourg**  
und anschließend an der

**internationalen Demo "NO to NATO",  
13:00 Uhr in Strasbourg**

Im Namen der InitiatorInnen der Göttinger Sonder-BDK und VerfasserInnen des Göttinger Afghanistan-Beschlusses:

Karl-W. Koch, KV Vulkaneifel  
Robert Zion, KV Gelsenkirchen

Ralf Henze, KV Odenwald-Kraichgau  
Simon Lissner, KV Weilburg